

Sascha Ohlenforst

Renaissance der Steinkohle?

Technologiebasierte Struktur- und Energiepolitik als nordrhein-westfälische Reaktion auf die Ölpreiskrise 1973/74¹

1. Einführung: Energie- und Versorgungssicherheit als Politikum ersten Ranges

Die 1970er Jahre sind durch eine Vielzahl von politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Umbrüchen gekennzeichnet.² Neue Politikfelder etablierten sich, während zugleich die alten Gewissheiten des wirtschaftlichen Wachstums ins Wanken gerieten. Während einige Politikfelder z. B. in der Umweltpolitik durch die Bonner Ministerialbürokratie „von oben“ gesteuert werden konnten,³ riefen in anderen Bereichen unvorhergesehene außenpolitische und wirtschaftliche Ereignisse die beständige Notwendigkeit einer Neujustierung des politischen Handelns hervor. Insbesondere die Organisation der europäischen Energiepolitik – bis 1973/74 lediglich ein Teilbereich der Wirtschaftspolitik, der kaum von öffentlichem Interesse war⁴ – musste durch den am 6. Juni 1973 ausgebrochenen Jom-Kippur-Krieg und die darauffolgenden außenpolitischen Spannungen neu geordnet werden. Als Reaktion auf die israelfreundliche Politik der westlichen Staaten reduzierten die in der Organization of Arab Pe-

- 1 Der vorliegende Aufsatz basiert auf einer an der Universität Bonn bei PD Dr. Henning Türk eingereichten Seminararbeit. Ihm gilt daher mein besonderer Dank.
- 2 Siehe hierzu Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2012 oder aus US-amerikanischer Perspektive Niall Ferguson/Charles S. Meier/Erez Manuella/Daniel J. Sargent (Hg.), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge/London 2010.
- 3 So die These von Hans-Peter Vierhaus, *Umweltbewußtsein von oben. Zum Verfassungsgebot demokratischer Willensbildung*, Berlin 1994. Siehe vor allem das Umweltprogramm der Bundesregierung vom 14.10.1971, Bundestags-Drucksache 6/2710.
- 4 So auch Martin Czakański, *Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1980 im Kontext der außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Verflechtungen*, in: Jens Hohensee/Jens Salewski (Hg.), *Energie – Politik – Geschichte*, Stuttgart 1993, S. 17–34, hier S. 21.

troleum Exporting Countries (OAPEC) organisierten arabischen Ölförderländer am 17. Oktober und am 28. November 1973 ihre Ölförderung um bis zu 25 Prozent. Parallel dazu vervierfachten die Mitgliedsländer der umfassenderen Organization of Petroleum Exporting Countries (OPEC) den Preis für Mineralöl auf dem Weltmarkt (von drei Dollar pro Barrel auf rund zwölf Dollar pro Barrel). Gegenüber den beiden wichtigsten Verbündeten Israels, den USA und den Niederlanden, verhängten die OAPEC-Staaten sogar ein Vollembargo. Der Einsatz des Erdöls als „politische Waffe“ ließ den importabhängigen Staaten schlagartig bewusst werden, dass sie in eine energiepolitische Abhängigkeit vom Mittleren Osten geraten waren. In der Bundesrepublik bestanden zwei Drittel der Energieeinfuhr aus Rohölimporten, die vor allem in politisch instabilen Staaten wie Libyen, Tunesien und Algerien gefördert wurden.⁵ Begriffe wie „Ölangst“ oder „Energiekrise“ beherrschten fortan die Schlagzeilen der Presse. Politiker wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Narjes sprachen gar von einem „als politische Kampfgemeinschaft agitierende[n] Produzentenkartell der Ölländer“, das den Verbraucherstaaten einen Wirtschaftskrieg erklärt habe.⁶ Wenngleich derartig polemische Äußerungen leichtfertig über das berechtigte Interesse der Ölförderländer an der langfristigen Partizipation an ihren Rohstoffvorkommen hinweggehen,⁷ so zeigen sie doch den Krisenmodus an, in den die Bundesrepublik allmählich hineintrief.

In diesem Krisenmodus etablierte sich die Energiepolitik als ein Politikum ersten Ranges. National wie international sollte eine von den Ölförderländern unabhängige Energieversorgung geschaffen werden.⁸ Im Kontext der Geschichte der außenpolitischen Beziehungen und der Energiegeschichte sind die Gestaltungsversuche auf beiden Ebenen von der Forschung eingehend betrachtet

5 Vgl. Johannes Brix, Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Energieträgern im Jahre 1972, in: Glückauf 109 (1973), Nr. 23, S. 1161–1175, hier S. 1167.

6 Vgl. Landespresse- und Informationsamt des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 217, 27. Jahrgang vom 13.11.1973, S. 1–2.

7 Aus Sicht der OPEC-Staaten Abderrahman Khene, Aktuelle Ölprobleme aus der Sicht der OPEC, in: Glückauf 109 (1973), Nr. 24, S. 1215–1219; sowie ders., Einige Gedanken zur Ölfrage, in: Glückauf 110 (1974), Nr. 18, S. 744–747.

8 Zu den internationalen Auseinandersetzungen zwischen den Verbraucherländern, die vor allem während der Energiekonferenz in Washington ausgetragen wurden, Henning Türk, Kooperation in der Krise? Die Ölkrise von 1973/74 und die multilaterale Zusammenarbeit der westlichen Industrieländer in der Energiepolitik, in: *Journal of European Integration History* 22 (2016), S. 47–66. Zu den deutsch-französischen Spannungen in der Energiepolitik Sandra Tauer, Störfall für die gute Nachbarschaft? Deutsche und Franzosen auf der Suche nach einer gemeinsamen Energiepolitik (1973–1980), Göttingen 2012.

worden.⁹ Allerdings wurde in diesen Untersuchungen der föderativen Struktur der bundesdeutschen Energieversorgung kaum Rechnung getragen. Insbesondere die nordrhein-westfälische Reaktion auf die Ölpreiskrise ist bisher nicht näher erforscht worden. Dies erstaunt umso mehr, zumal Nordrhein-Westfalen als Energiezentrum der Nation¹⁰ und Kohleland eine besondere Bedeutung zukam. Dies änderte auch der Rückgang des Kohleanteils an der Primärenergieversorgung der Bundesrepublik von 86,6 Prozent (1956) auf 30,9 Prozent (1973) nicht, der sich aufgrund staatlicher Rationalisierungsmaßnahmen und einer fehlenden wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem billigen Mineralöl vollzog.¹¹ Denn auch im Jahre 1973 trug Nordrhein-Westfalen noch immer mit einem Gesamtanteil von 90,6 Prozent¹² zur bundesdeutschen Steinkohlenförderung bei, der von Vertretern der Landesregierung und der Montanindustrie als unverzichtbarer Sicherheitssockel für die nationale Energiesicherheit erachtet wurde. Die Ölpreiskrise 1973/74 ließ Teile der Öffentlichkeit auf eine Renaissance der Steinkohle hoffen.¹³

Die gestiegenen Preise von Mineralöl standen im Gegensatz zu der Preisstabilität von Steinkohle, die demgegenüber nahezu über Nacht um 40 Prozent billiger wurde als das importierte Rohöl.¹⁴ Die Ölpreiskrise bot somit dem Landesminister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, Horst-Ludwig Riemer (FDP), eine unverhoffte Möglichkeit, die Steinkohle durch eine staatliche Protektionspolitik und Investitionen in die Kohletechnologie wieder attraktiv zu machen. Insbesondere der Verbund von Kohle und Atomenergie sollte zum Erhalt des Energiestandortes Nordrhein-Westfalen beitragen und der Steinkohle eine krisenunabhängige Zukunft sichern. Die nachfolgende Untersuchung ordnet die Bemühungen des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers um eine ener-

9 Siehe Jens Hohensee, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik und auf Westeuropa*, Stuttgart 1996 oder Rüdiger Graf, *Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren*, Berlin 2014.

10 Näher Wichard Woyke, *Nordrhein-Westfalen und die Europäische Gemeinschaft*, Opladen 1990, S. 64–69.

11 Vgl. Hagen Beinhauer, *Energiezentrum Nordrhein-Westfalen*, in: Ludwig Bußmann (Hg.), *Die Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen*, Köln 1988, S. 102–123, hier S. 111.

12 Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr (Hg.), *Bericht über die Tätigkeiten der Bergbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 1973*, Düsseldorf 1974, S. 16.

13 Vgl. Art. „Rettung durch die Kohle“, in: *Der Spiegel* vom 3.12.1973.

14 Vgl. Beinhauer, *Energiezentrum Nordrhein-Westfalen* (wie Anm. 11), S. 112.

giewirtschaftliche Aufwertung der heimischen Steinkohle, die schließlich in einem milliarden schweren „Technologie-Programm Energie“ (TPE) mündeten, vor dem Hintergrund der damaligen politischen Gegebenheiten und technischen Möglichkeiten ein. Es stellt sich mithin die Frage, ob derartige Investitionen in die Kohletechnologie überhaupt energiewirtschaftlich erfolgversprechend waren oder ob sie lediglich das öffentliche Bedürfnis nach einer sichtbar handlungsfähigen Landesregierung in der Energiekrise befriedigen sollten. Um den damaligen Stand der Technik und die landespolitischen Handlungsspielräume rekonstruieren zu können, wird vorrangig auf zeitgenössische Fachliteratur und Archivmaterial zurückgegriffen, das bisher noch nicht in den Kontext landesgeschichtlicher Untersuchungen gestellt wurde. Insbesondere das TPE ist trotz seines innovativen Charakters und seiner finanziellen Ausstattung bisher nicht Gegenstand einer historisch-kritischen Untersuchung gewesen. Sowohl aus den Beständen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen als auch aus der Presseberichterstattung gehen jedoch eindeutig die technologischen und wirtschaftlichen Erwartungen hervor, die vonseiten der Öffentlichkeit und der Landesregierung an das Programm gestellt wurden. Auch die Dissonanzen zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen, die sich bei der Festlegung von Steinkohlenfördermengen und der Finanzierung von Subventionen abzeichneten, haben bisher kaum Eingang in größere Darstellungen gefunden. Das Vorhaben, die nordrhein-westfälischen Initiativen während der Ölpreiskrise 1973/74 zu untersuchen, kann demnach nur gelingen, wenn sowohl die bundes- als auch die landespolitischen Stoßrichtungen betrachtet und in Beziehung zueinander gesetzt werden. Vor dem Hintergrund dieser beiden Handlungsebenen wird methodisch eine Darstellung der Wechselbeziehungen zwischen der Kohleveredelung als Technologie und den hierdurch evozierten Erwartungen angestrebt. Entscheidend hierfür ist, dass aus dem Quellenmaterial nicht bloß die „Neuerungen der Vergangenheit“¹⁵ nachvollzogen, sondern die von den damaligen Akteuren prognostizierten Neuerungen der Zukunft herausgearbeitet werden.¹⁶ Im Folgenden wird aufgezeigt, dass insbesondere Riemer von der Vorstellung beflügelt war, den Strukturwandel des Landes Nordrhein-Westfalen mit einer eigenständigen Energie- und Technologiepolitik zu verknüpfen.

15 Albrecht Timm, Einführung in die Technikgeschichte, Berlin/New York 1972, S. 32.

16 Hierdurch ergeben sich einige Bezüge zur historischen Zukunftsforschung. Siehe hierzu jüngst Joachim Radkau, Geschichte der Zukunft. Prognosen, Visionen, Irrungen in Deutschland von 1945 bis heute, München 2017 oder Lucian Hölscher, Die Zukunft des 20. Jahrhunderts. Dimensionen einer historischen Zukunftsforschung, Frankfurt a. M. 2017.

2. Energieversorgung als Strukturpolitik: Die Initiativen des Landeswirtschaftsministers zur Konsolidierung der heimischen Steinkohle

Mit welchem Eifer sich Riemer seit Ausbruch der Ölpreiskrise 1973/74 für eine Protektion der heimischen Steinkohle einsetzen sollte, war bei seinem Amtsantritt im Juli 1970 – zumal er als Vertreter des rechten FDP-Flügels bisher als äußerst wirtschaftsliberal galt – noch nicht vorherzusehen. Ohnehin hatte der Landeswirtschaftsminister keine leichte Aufgabe zu bewältigen. Auch nach Gründung der Ruhrkohle AG als Konsolidierungsunternehmen am 27. November 1968 gesundete der Steinkohlensektor nicht. Im Wettbewerb mit Mineralöl und Importkohle auf dem Weltmarkt erwies sich die heimische Steinkohle als zunehmend unwirtschaftlich.¹⁷ Es lag somit größtenteils in Riemers Verantwortlichkeit als Landeswirtschaftsminister, die geordnete Rückführung der Bergbaukapazitäten auf Grundlage des im Mai 1968 erlassenen „Gesetzes zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlengebiete“¹⁸ (Kohlegesetz) zu vollziehen. Zugleich bestand in Nordrhein-Westfalen noch immer die Vorstellung, dass das Land eine Art „natürlichen Produktionsauftrag“ besitze, aus dem sich das Selbstverständnis als Energiezentrum der Nation ableiten ließe.¹⁹ Dieser Annahme entsprechend erhoben die Bergbauunternehmen Forderungen nach Produktions- und Betriebssicherheit.²⁰ In diesem Spannungsfeld bezog Riemer in der Öffentlichkeit eine deutliche Position zur Aufrechterhaltung einer nationalen Energiereserve. Diese sollte ungeachtet der günstigeren Verfügbarkeit von Mineralöl und Importkohle aus heimischer Steinkohle bestehen. In einem Interview mit dem „Ruhrspiegel“ antwortete Riemer auf die Nachfrage, ob es nicht die einfachste Lösung sei, die Kohleförderung nach und nach stillzulegen, wie folgt:

„Die einfachste Lösung wäre es vielleicht, aber keine Lösung, die ich als Wirtschaftsminister vertreten könnte und möchte, und ganz bestimmt keine

17 Zur Deindustrialisierung und zum Strukturwandel im Ruhrgebiet insgesamt Christoph Nonn, *Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969*, Göttingen 2001.

18 Gesetz zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete, in: *Bundesgesetzblatt* 1968 I, S. 365–384.

19 Vgl. Rolf G. Heinze/Helmut Voelzkow/Josef Hilbert, *Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Entwicklungstrends und Forschungsperspektiven*, Opladen 1992, S. 74.

20 Vgl. Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (LAV NRW R), NW 500 Nr. 363, Brief vom Betriebsrat der Bergbau AG Westfalen vom 9.11.1973.

Lösung, die richtig wäre. Es ist doch so, daß das Mineralöl die Kohle nicht ersetzen kann. Denn, erstens ist der Rückgang der Mineralölvorkommen abzusehen, zweitens beziehen wir unser Erdöl aus politischen Krisengebieten. Nur eine heimische Kohlereserve kann uns davor bewahren, erpresserischen Preisforderungen nicht schutzlos ausgeliefert zu sein. Die Importkohle auf der anderen Seite ist auch kein sicherer Ersatz. Einmal ist ja nicht sicher, daß diese Importkohle immer billiger bleibt als unsere Steinkohle, und dann ist zweifelhaft, ob diese Länder, die uns heute Kohle anbieten, dies auch in Zukunft tun werden.“²¹

Zwar ging Riemer von der sogenannten Peakoil-Theorie aus, wonach die weltweite Ölproduktion ihr Maximum erreichen und hiernach abnehmen würde. Indes ist jedoch nicht zu übersehen, dass der Wirtschaftsminister die instabilen Verhältnisse auf dem Ölmarkt als ausschlaggebendes Argument für eine unabhängige Energieversorgung anführte, mit dem sich staatliche Subventionen für den Steinkohlenbergbau rechtfertigen ließen. Als heimische Energiequelle hielt Riemer die Kohle für unentbehrlich. Die Tatsache, dass anderen regionalen Branchen wie etwa der Textil- und Bekleidungsindustrie, die zeitgleich ebenfalls mit Absatzschwierigkeiten und Rationalisierungsmaßnahmen zu kämpfen hatte, keine Bestandsgarantie eingeräumt worden ist,²² zeigt auf, welchen Stellenwert Riemer der Steinkohle als zuverlässiger Energieträgerin für die Versorgungssicherheit des Landes zusprach. Schon vor dem Ausbruch der Ölpreiskrise versuchte er seinen Kollegen auf Bundesebene, den Bundesminister für Wirtschaft Hans Friderichs (FDP), mit dem Argument der Versorgungssicherheit von einer Erhöhung der Förderkontingente für Steinkohle zu überzeugen.

Im Vorfeld der Beratungen zum „Energieprogramm der Bundesregierung“²³, das am 18. Januar 1973 im Rahmen einer Regierungserklärung angekündigt wurde, berief das nordrhein-westfälische Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr kurzfristig für den 15. Juni 1973 eine Sitzung des Energiebeirates unter dem Vorsitz des Kölner Volkswirtschaftsprofessors Hans Karl Schneider

21 Ruhrspiegel vom 4.11.1973.

22 Vgl. Karl Lauschke, Strategien ökonomischer Krisenbewältigung, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hg.), Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973, Bd. 3, München 2004, S. 195–280, hier S. 242–244.

23 Die später verabschiedete Fassung als Bundestags-Drucksache 7/1057, S. 6–19. Ausführlich und mit kritischen Anmerkungen zum Energieprogramm Martin Meyer-Renschhausen, Das Energieprogramm der Bundesregierung. Ursachen und Probleme staatlicher Planung im Energiesektor der BRD, Frankfurt a. M. 1981.

ein, der auf Grundlage eines Kabinettsbeschlusses vom 20. Dezember 1966²⁴ zusammentrat.²⁵ Sowohl Schneider, der schon in den 1950er Jahren am Aufbau einer energiepolitischen Unterabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft mitgewirkt hatte und das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln leitete, als auch die anderen Mitglieder, die überwiegend aus dem energieproduzierenden Gewerbe Nordrhein-Westfalens stammten, verliehen dem Energiebeirat ein besonderes Gewicht als Sachverständigengremium. Seine vordergründige Aufgabe am 15. Juni 1973 bestand darin, ein Thesenpapier zur Energiepolitik zu verabschieden, mit dem zielgerichtet und planvoll Einfluss auf die Energiepolitik des Bundes genommen werden sollte.

Die Energiepolitik sollte sich gemäß dem Thesenpapier an den Zielgrößen Sicherheit, Unabhängigkeit der Versorgung sowie günstigen Kosten und Preisen ausrichten.²⁶ Allerdings wurde innerhalb dieses Dreiecks den Zielgrößen Sicherheit und Unabhängigkeit eine höhere Priorität als dem Kostenfaktor zugesprochen. Die Veredelung heimischer Steinkohle erhielt hierdurch zwangsläufig einen höheren Stellenwert als der Import von günstigem Mineralöl. Auch in den abschließenden Empfehlungen für die Bundesregierung wurde gefordert, dass aufgrund der bundesdeutschen Struktur der Energieversorgung zukünftig der Versorgungssicherheit Vorrang gegenüber der Preisgünstigkeit zu geben sei.²⁷ Die Mittelbeschaffung für eine sichere Energieversorgung sollte hierbei nach Auffassung des Energiebeirates durch das Prinzip der Vorteilsäquivalenz erfolgen. „Da alle Bundesbürger und alle Unternehmen aus einer erhöhten Sicherheit der Energieversorgung einen unmittelbaren oder zumindest mittelbaren Vorteil ziehen“, so war es in der Stellungnahme zu lesen, „erscheint grundsätzlich die Aufbringung der Mittel aus dem allgemeinen Steueraufkommen als der angemessene und beste Weg.“²⁸ Das Thesenpapier des Energiebeirates ist jedoch keineswegs als reines Subventionsprogramm für die heimische Steinkohle zu verstehen. So heißt es in Bezug auf die Steinkohleförderung lediglich, dass eine Konsolidierung des

24 Vgl. 917. Kabinettsitzung am 20. Dezember 1966, in: Christoph Nonn/Wilfried Reininghaus/Wolf-Rüdiger Schleidgen (Hg.), *Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1966 bis 1970*, Siegburg 2006, S. 144–148, hier S. 147–148. Mit Beschluss der Landesregierung vom 26.9.1967 durfte auch der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr dem Energiebeirat Untersuchungsaufträge erteilen, siehe 951. Kabinettsitzung am 26.9.1967, in: ebd., S. 432–436, hier S. 435.

25 Vgl. LAV NRW R, NW 500 Nr. 790, Niederschrift über die Sitzung des Energiebeirates der Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr am 15.6.1973.

26 Vgl. LAV NRW R, NW 500 Nr. 790, Thesen zur Energiepolitik, S. 3.

27 Vgl. ebd., S. 5.

28 Vgl. ebd., S. 6. Hierzu ergänzend sollte auch der Letztverbraucher belastet werden.

deutschen Steinkohlenbergbaus infolge einer Aufrechterhaltung hoher Fördermengen die Risiken in der Energieversorgung minimieren könne.²⁹ Als eine zu erprobende und innovative Möglichkeit der Konsolidierung im Steinkohlensektor wurde diesbezüglich die Steinkohleveredelung durch nukleare Prozesswärme ins Spiel gebracht.³⁰ Allen Mitgliedern des Energiebeirates wurde nachträglich vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr ein Memorandum zur Erzeugung und Anwendung nuklearer Prozesswärme zugesandt. Zugleich befürwortete der Energiebeirat unter Wahrung der Wettbewerbsgleichheit die finanzielle Unterstützung der Mineralölgesellschaften, um eine breitere Streuung der Versorgungsquellen herbeizuführen.³¹ Durch ein aktiveres Eingreifen der öffentlichen Hand in die Mineralölindustrie sollte die Versorgung des deutschen Marktes sichergestellt werden. Hiermit verband sich die Hoffnung, ähnlich wie Großbritannien auf größere Mineralöl- oder Erdgasvorkommen in der Nordsee zu stoßen. Bereits vor der Norderweiterung der Europäischen Gemeinschaft waren mit Großbritannien, der Republik Irland und den Niederlanden einzelne Verträge abgeschlossen worden, die die Abgrenzung des Festlandssockels unter der Nordsee regelten, sodass nunmehr Rechtssicherheit auf diesem Gebiet bestand.³² Im Gegensatz zu Großbritannien jedoch, das mit einer Schürffläche von 244.000 Quadratkilometern ganze 46,5 Prozent der Gesamtschürffläche in der Nordsee beanspruchen konnte, standen der Bundesrepublik nur 24.000 Quadratkilometer Schürffläche (4,6 Prozent) zur Verfügung.³³ In diesem Teil der Nordsee hatte das Deutsche Nordseekonsortium nach Verlängerung der Konzessionsrechte um weitere drei Jahre die Explorationstätigkeit im Jahre 1973 wiederaufgenommen.

Im Ergebnis zielte das Thesenpapier des Energiebeirates auf eine von Drittstaaten unabhängige Energiepolitik. Dabei wurde der Begriff der Unabhängigkeit scharf von einem isolationistischem Autarkiestreben abgegrenzt:

29 Vgl. ebd., S. 4.

30 Vgl. ebd., S. 10–11.

31 Ebd., S. 6.

32 Siehe Gesetz zu den drei Verträgen von 1971 mit dem Königreich Dänemark, dem Königreich der Niederlande und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Abgrenzung des Festlandssockels unter der Nordsee, in: Bundesgesetzblatt 1971 II, S. 881–899.

33 Vgl. Derek J. Ezra, Die Zukunft der europäischen Energieversorgung nach dem Beitritt des Vereinigten Königreiches zur Europäischen Gemeinschaft, in: Heinz Reintges u. a. (Hg.), Jahrbuch für Bergbau, Energie, Mineralöl und Chemie 1973, Essen 1973, S. 1–35, hier S. 19. Das Erdölvorkommen in der Bundesrepublik wurde auf 80 Millionen Tonnen geschätzt. Durch Erdgas- und Mineralölerschließungen haben sich die nachgewiesenen Ölreserven in Westeuropa später von 1,1 auf 2,1 Milliarden Tonnen erhöht, siehe Handelsblatt vom 15.5.1974.

„Ihr Ziel [der Energiepolitik] muss eine kostengünstige, sichere und möglichst unabhängige Versorgung sein. Hierbei bedeutet der Begriff Unabhängigkeit nicht Autarkie, sondern umfaßt die Summe der Maßnahmen, die geeignet sind, auch bei einem Verkäufermarkt bzw. bei angespannter Versorgungslage die eigene Manövrierfähigkeit weitestgehend zu erhalten.“³⁴

Als einer unabhängigen Energieversorgung zuträgliche Maßnahmen wurden der Bundesregierung die Protektion der Steinkohle, eine intensiverte Technologieforschung und die Exploration von neuen Energiequellen angeraten. Ein solches Maßnahmenpaket konnte freilich nur mit erheblichen Kostenaufwendungen einhergehen; darüber war sich der Energiebeirat im Klaren. Bereits am 25. Juni 1973 wurden die Ergebnisse des unveröffentlichten Thesenpapiers im Rahmen einer Pressekonferenz im Landtag vorgestellt. Die Presse würdigte das von Riemer kurzfristig einberufende Sachverständigengremium und das erarbeitete Thesenpapier als einen gelungenen Schachzug, um auf das Energieprogramm von Bundeswirtschaftsminister Friderichs einzuwirken.³⁵

Es ist jedoch nicht ersichtlich, dass das vom Energiebeirat verabschiedete Thesenpapier im Bundeswirtschaftsministerium eine größere Rolle bei der Erarbeitung des Energieprogramms gespielt hat. Stattdessen gingen die maßgeblichen Impulse für das Energieprogramm der Bundesregierung von Ministerialdirektor Ulf Lantzke aus, der die Abteilung Energiepolitik und Grundstoffe im Bundeswirtschaftsministerium verantwortete. Lantzke prognostizierte schon im Dezember 1972, dass sich die mineralölfördernden Länder zunehmend ihrer Stärke bewusst würden und die Preise erhöhen könnten.³⁶ Um diesem Szenario zu begegnen, forcierte der Ministerialdirektor zwar die „Schaffung eines entscheidenden Gegengewichts durch andere Energieträger“, allerdings spielte die Steinkohle in seinen Überlegungen hierzu nur eine untergeordnete Rolle.³⁷

„Die deutsche Steinkohle trägt heute noch mit etwa einem Viertel zur Primärenergieversorgung bei. Bei weiterhin rückläufigem Absatz und gleichzeitig steigendem Gesamtenergieverbrauch wird die Bedeutung der heimischen

34 LAV NRW R, NW 500 Nr. 790, Thesen zur Energiepolitik, S. 2.

35 Vgl. Die Welt vom 27.5.1973.

36 Vgl. Bundesarchiv (BArch), B 102/200515, Energiepolitische Aufgabenstellung und sonstige Fragen im Bereich der Abteilung III vom 16.12.1972.

37 Vgl. ebd.

Steinkohle in den kommenden Jahren weiter relativiert werden. Trotzdem bietet sie einen gewissen Sicherheitsfaktor.“³⁸

Ungeachtet der unterschiedlichen Bewertung der Steinkohle als Energieträger stimmten die wirtschaftspolitischen Ziele und die Beurteilung der Entwicklung am Energiemarkt in dem am 26. September 1973 verabschiedeten Energieprogramm weitestgehend mit den Vorstellungen der nordrhein-westfälischen Landesregierung überein.³⁹ Erst in einer späteren Überarbeitung des Energieprogramms, die durch den Ausbruch der Ölpreiskrise notwendig wurde, passte die Bundesregierung die Förderkapazitäten den ursprünglichen Vorstellungen Nordrhein-Westfalens an.⁴⁰ Anstatt wie bisher vorgesehen 83 Millionen Tonnen stellte sich die Bundesregierung nunmehr auf eine Förderkapazität von 94 Millionen Tonnen Steinkohle für das Jahr 1980 ein.⁴¹ Doch auch nach Bekanntmachung des Energieprogramms versuchten der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Riemer, Finanzminister Hans Wertz (SPD) und Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) weiteren Einfluss auf die Energiepolitik des Bundes zu gewinnen. In mehreren Schreiben an Wirtschaftsminister Friderichs und Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) setzten sich insbesondere die beiden SPD-Politiker für eine Freistellung von den Landesaufwendungen für die Steinkohlenförderung ein. Entsprechend des vom Energiebeirat formulierten Thesenpapiers befürworteten beide die Anwendung des Prinzips der Vorteilsäquivalenz.⁴² Diese Forderung vertrat Ministerpräsident Kühn auch in der Öffentlichkeit mit Nachdruck:

38 Ebd.

39 Vgl. LAV NRW R, NW 500 Nr. 363, Vergleich des Energieprogramms der Bundesregierung mit den Vorschlägen der Landesregierung zum Energieprogramm vom 12.10.1973. Weniger ins Gewicht fallende Unterschiede bestanden darin, dass die Landesregierung eine Europäisierung des Umweltschutzes und eine Erhöhung der Mineralölvorräte für eine mögliche Versorgung für 90 bis 120 Tage statt wie vorgesehen für 70 bis 90 Tage forderte. Des Weiteren lehnte die Landesregierung eine administrative und steuerliche Benachteiligung von Öl und Erdgas in der Strom- und Wärmeherzeugung ab.

40 Dies wurde auch vonseiten der Bergbauunternehmen begrüßt, siehe Karlheinz Bund, Die Energieversorgung aus der Sicht des deutschen Steinkohlenbergbaus, in: Heinz Reintges u. a. (Hg.), Jahrbuch für Bergbau, Energie, Mineralöl und Chemie 1974, Essen 1974, S. 7–13, hier S. 12. Zu den Absatzzielen des deutschen Steinkohlenbergbaus aus der Sicht des Bundeswirtschaftsministeriums siehe die Rede von Minister Friderichs vor dem Deutschen Steinkohlentag: Hans Friderichs, Das Energieprogramm der Bundesregierung, in: Glückauf 109 (1973), Nr. 25, S. 1233–1238, hier S. 1236.

41 Vgl. Erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 7/2713, S. 12.

42 Vgl. BArch, B 102/150419, Schreiben von Ministerpräsident Kühn an den Bundeskanzler Brandt vom 27.8.1973, S. 2. Kühn bittet eindringlich um Freistellung oder

„Eine in diesem Maße weitere energiepolitische Sonderbelastung Nordrhein-Westfalens läßt sich durchaus nicht unter regionalen oder sozialpolitischen Aspekten rechtfertigen. Im Vordergrund der Energiepolitik steht heute der nationale Aspekt der Versorgungssicherheit und nicht ein regionaler Aspekt.“⁴³

Wie aus dem internen Schriftverkehr im Bundeswirtschaftsministerium hervorgeht, folgten die sozialpolitischen Begründungen der Bundesregierung unter Auslassung einer Betonung der energiepolitischen Relevanz des Steinkohlenbergbaus lediglich dem Kalkül, eine finanzielle Mitleistung Nordrhein-Westfalens an den Subventionen nicht gefährden zu wollen.⁴⁴ Insbesondere Landesfinanzminister Wertz, so mutmaßte man jedenfalls im Bundeswirtschaftsministerium, erklärte die Finanzierungsfrage zu seinem persönlichen Anliegen.⁴⁵ Lagen die Kompetenzen in Finanzierungsfragen somit eindeutig beim Landesfinanzministerium, so bemühte sich Riemer im Folgenden, den Bundeswirtschaftsminister von einer Aufhebung des zollfreien Kontingents für Drittkohle zu überzeugen.

Denn während aus den Staaten der Europäischen Gemeinschaft uneingeschränkt Kohle importiert werden konnte, galten für Drittstaaten festgelegte Einfuhrkontingente, mit denen die heimische Steinkohle vor der günstigen Importkohle geschützt werden sollte.⁴⁶ Lediglich die Steinkohle, die in diesen Einfuhrkontingenten berücksichtigt wurde, konnte zollfrei importiert werden. Sonstige Einfuhren aus Staaten außerhalb der EWG wurden mit 20 DM/t besteuert. Faktisch blieben somit Kohleimporte aus Drittstaaten auf das zollfreie Kontingent beschränkt. Die Aufhebung dieses Kontingents hätte demnach den Import von Steinkohle außerhalb der Gemeinschaft unmöglich gemacht, zumal die Einfuhr von Importkohle über den Kohlezoll hinaus noch unter einem Genehmigungsvorbehalt des Bundesamtes für Gewerbliche Wirtschaft stand.⁴⁷ Im Jahr 1973 importierte die Bundesrepublik insgesamt rund 9 Millionen Tonnen

zumindest Entlastung bei den Landesauswendungen für Steinkohle-Fördermaßnahmen. Nach dem Äquivalenzprinzip soll derjenige eine Abgabe zur Finanzierung von Leistungen tragen, der hiervon einen Vorteil erhält. In der Energiewirtschaft also vor allem der Bund und der Letztverbraucher.

43 Plenarprotokoll Bundesrat 402 vom 8.3.1974, S. 85, online unter https://www.bundesrat.de/SharedDocs/downloads/DE/plenarprotokolle/1974/Plenarprotokoll-402.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (25.6.2020).

44 Vgl. BArch, B 102/146456, Vorschläge zur Ersten Fortschreibung des Energieprogramms vom 30.9.1974.

45 Siehe BArch, B 102/150419, Schriftverkehr zwischen Wertz und Friderichs.

46 Siehe Gesetz über das Zollkontingent für feste Brennstoffe 1971, 1972, 1973, 1974, 1975 und 1976, Bundesgesetzblatt 1970 I, S. 1713.

47 Ausführlich und mit weiteren Belegen Gerhard Fels/Axel D. Neu, Reform der Kohle-

Steinkohle.⁴⁸ Die größten Kohlelieferanten unter den Drittstaaten, von denen die Bundesrepublik insgesamt 5,5 Tonnen Steinkohle bezog, waren hierbei Polen und die USA. In einem Schreiben vom 5. September 1973 forderte Riemer den Bundeswirtschaftsminister auf, eine stufenweise Kürzung des Zollkontingents unter Berücksichtigung bestehender Verbraucherverträge und bereits erteilter Kontingentscheine vorzunehmen.⁴⁹ Während Riemer im Hinblick auf die Versorgungssicherheit den Bezug von Importkohle für unvereinbar mit dem Erhalt der heimischen Steinkohle als Sicherheitssockel hielt, bestand Friderichs jedoch auf einer Diversifizierung der Versorgungsquellen. Neben den Stromkosten für Verbraucher in den Küstenländern wurden vor allem die bestehenden Kohlehandelsbeziehungen von Friderichs als Argument hervorgebracht. Insbesondere die Energiehandelsbeziehungen mit den USA dürfte der Bundeswirtschaftsminister hierbei im Blick gehabt haben. Auf die von Riemer angesprochenen „energiewirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich aus der Entwicklung neuer Kohletechnologien unter Nutzung nuklearer Prozesswärme entwickeln können“,⁵⁰ ging das Antwortschreiben nur rudimentär ein. Möglicherweise verortete Friderichs die Zuständigkeit für die Erforschung neuer Kohletechnologien eher im von Klaus von Dohnanyi (SPD) geführten Ministerium für Bildung und Wissenschaft. Für Riemer jedoch waren Wirtschafts- und Technologiepolitik eng miteinander verflochten, sodass die Zuständigkeiten zwischen beiden Ressorts auf Landesebene stärker ineinander übergriffen als im Bund.

3. Kohle und Atom sollen Bundesgenossen werden: Das „Technologie-Programm Energie“ als Beitrag zu einer unabhängigen Energieversorgung

Im Verständnis von Riemer hing eine eigenständige Energiepolitik eng mit der Infrastrukturpolitik und dem Strukturwandel des Landes Nordrhein-Westfalen zusammen. Bergbau zu betreiben war ihm zufolge gleichzusetzen mit For-

politik als Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung. Kieler Diskussionsbeiträge 72, Kiel 1980, S. 5.

48 Näher zur Importkohle Heinz Reintges, *Energiewirtschaftliche Perspektiven – Folgerungen für die deutsche Steinkohle*, in: *Glückauf* 110 (1974), Nr. 13, S. 531–535, hier S. 534–535.

49 Vgl. BAArch, B 102/132804, Schreiben von Riemer an Friderichs betreffend des Zollkontingents fester Brennstoffe vom 5.9.1973, S. 2.

50 Ebd.

schen.⁵¹ Mit dem Technikenthusiasmus des Wirtschaftsministers war die Überzeugung verbunden, dass die Kohle als sicherer Energieträger zukünftig auch ungeachtet von Ölpreiskrisen finanziell konkurrenzfähig sein würde.⁵² Riemer gründete seinen Optimismus auf die Technologie der Kohleveredelung durch nukleare Prozesswärme, die bereits im Energiebeirat diskutiert worden war und seines Erachtens von der Bundesregierung nicht entschieden genug vorangetrieben wurde. Das im Jahre 1974 verabschiedete und 1,6 Milliarden DM schwere „Technologie-Programm Energie“⁵³ trug im Wesentlichen seine Handschrift. Politisch angegliedert wurde das Technologieprogramm an das 1970 veröffentlichte „Nordrhein-Westfalen Programm 1975“, das zum Erhalt einer leistungsfähigen Energiewirtschaft eine langfristige und systematisch konzipierte Verbindung von Kernenergie und fossilen Brennstoffen vorsah.⁵⁴ Konzeptionell knüpfte das Technologieprogramm an zwei vom Landesministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr in Auftrag gegebene Untersuchungen an, die in den Berichten „Industriepolitische Aspekte der Kernenergieentwicklung“ (Dezember 1972) und „Innovations- und Nutzungsmöglichkeiten im Bereich der Steinkohle“ (Mai 1973) mündeten. Die technische Detailversessenheit des TPE legt hierbei Zeugnis darüber ab, in welchem Maße sich der Wirtschaftsminister in die Materie der Berg- und Nukleartechnik eingearbeitet haben musste.

Hierfür unternahm Riemer zwei Forschungsreisen in Staaten, die entweder noch oder bereits wieder Verfahren zur Kohlehydrierung und -vergasung anwendeten, um damit zusammenhängende energietechnische und -wirtschaftliche Probleme und Möglichkeiten zu thematisieren. Die erste Forschungsreise führte ihn im September 1973 in die USA. In El Paso informierte sich Riemer über Flüssigkeitskohleextraktion, in Chicago über Möglichkeiten der Erzeugung von synthetischem Naturgas sowie in Pittsburgh über Kohlevergasung.⁵⁵ Unge-

51 Vgl. Ein starkes Land – doch ohne Führungsrolle. Gespräch mit Dr. Horst-Ludwig Riemer, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, in: Hans Baumann (Hg.), Männer und Mächte an Rhein und Ruhr. Von Banken, Bossen und Genossen, München 1973, S. 102–108, hier S. 105.

52 Vgl. Kölnische Rundschau vom 10.12.1973.

53 Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr (Hg.), Technologie-Programm Energie Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1974.

54 Vgl. Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.), Nordrhein-Westfalen Programm 1975, Düsseldorf 1970, S. 32, online unter <<https://core.ac.uk/download/pdf/50519558.pdf>> (25.6.2020).

55 Vgl. Pressemitteilung des Landespresse- und Informationsamtes Nordrhein-Westfalen vom 7.9.1973. Näher zu den einzelnen Demonstrationsanlagen in den USA und ihren Zielstellungen George R. Hill, Neue Technologien zur Kohleverwendung in den USA – Schlüssel zur zukünftigen Energieversorgung, in: Glückauf 110 (1974), Nr. 2, S. 51–55.

achtet der ungleich höheren Aufwendungen der USA für die Kohlentechnologieforschung herrschte auch dort eine gewisse Verstimmung über die von US-Präsident Richard Nixon eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen zugunsten des Umweltschutzes. Die neuen Verfahren in der Kohlenverarbeitung, die eine Erzeugung von synthetischen, flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen beförderte, wurden auch von der amerikanischen Kohlewirtschaft als Alternative zur Abhängigkeit vom Mittleren Osten und Nordafrika aufgefasst. Allerdings war auch in den USA die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung anderen Zielgrößen gegenüber vorrangig.⁵⁶ Insofern erfolgten auch in den USA nennenswerte Investitionen in die Erforschung der Kohlehydrierung erst dann, als die Ölpreiskrise zu einem öffentlichen Diskurs über die Energiesicherheit führte. In der Bundesrepublik hingegen war für die fehlende Investitionsbereitschaft eine am 2. Juli 1969 vom Bundestag in Auftrag gegebene Studie zur Herstellung von Kraftstoffen aus Kohle⁵⁷ ursächlich, die zu dem Ergebnis führte, dass diese Form der Energiegewinnung nicht wirtschaftlich sei. Für eine Laufzeit von vier Jahren von 1971 bis 1975 und mit einem Volumen von 50 Millionen DM förderte das Bundesministerium für Forschung und Technologie lediglich ein von der Bergbau-Forschung GmbH, den Rheinischen Braunkohlenwerken und der Kernforschungsanlage Jülich gemeinsam betriebenes Projekt zur „Entwicklung von Verfahren zur Umwandlung fester fossiler Brennstoffe mit Wärme aus Hochtemperatur-Kernreaktoren“, das zu ermutigenden ersten Ergebnissen führte.⁵⁸

Um weitere Fragen im Zusammenhang mit der Kohlehydrierung und -vergasung zu klären, unternahm Riemer im Oktober 1973 zusätzlich zu seiner USA-Reise einen neuntägigen Informationsbesuch in Südafrika.⁵⁹ Aufgrund ei-

56 Vgl. Carl E. Bagge, Kohle, der Schlüssel für eine ausreichende Energieversorgung der Welt, in: Glückauf 109 (1973), Nr. 17, S. 880–887, hier S. 885–886. Carl E. Bagge, Präsident der National Coal Association, führt aus: „Aber wie wenig haben wir doch aus dieser Energieform gemacht, und wie wenig Mut haben wir bewiesen – und tun es noch –, indem wir die Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund stellen, statt den kühnen Schritt zu wagen, der erforderlich gewesen wäre, die Kohleumwandlung durch Forschung bis zur industriellen Reife voranzutreiben.“ Näher zur Vergasungstechnik und ihrer finanziellen Förderung in den USA auch Eric H. Reichl, Der Steinkohlenbergbau der USA und seine Zukunftsaussichten, in: Glückauf (1973), Nr. 3, S. 165–178.

57 Vgl. Bundestags-Plenarprotokoll, 5. Wahlperiode, 246. Sitzung vom 2.7.1969, S. 13693, online unter <<https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/05/05246.pdf>> (25.6.2020).

58 Vgl. BArch, B 102/200539, Vermerk betreffend Energieforschung im Kohlenbereich vom 26.11.1973. Näher zur Arbeitsgemeinschaft und der weiteren Entwicklung Bernd-A. Rusinek, Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der KFA Jülich von ihrer Gründung bis 1980, Frankfurt a. M./New York 1996, S. 638–639.

59 Vgl. Pressemitteilung des Landespresse- und Informationsamtes Nordrhein-Westfalen vom 26.10.1973.

ner durch das Apartheid-Regime begründeten energiepolitischen Sonderstellung Südafrikas war das Land in hohem Maße um Autarkie bemüht. Das reichhaltige Vorkommen von Steinkohle (1973 wurden 75 Milliarden Tonnen angenommen) und das Fehlen von Erdöllagerstätten führten dort zu einer Intensivierung der Kohleverflüssigung. Auf Grundlage des Fischer-Tropsch-Verfahrens stellte das staatliche Unternehmen Sasol vor allem Benzin aus Steinkohle her. Das 1925 in Deutschland entwickelte Fischer-Tropsch-Verfahren wurde aufgrund der damaligen Ressourcenknappheit zuletzt während des Zweiten Weltkrieges angewandt und konnte seither in Europa nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden. In Südafrika erhielt Riemer somit die Möglichkeit, sich vor Ort einen Eindruck von einer in allen anderen Staaten als unwirtschaftlich angesehenen und nicht mehr praktizierten Technologie zu verschaffen.⁶⁰

Insgesamt blieb die Kohleveredelung bis zum endgültigen Ausbruch der Ölpreiskrise ein randständiges Thema, das vordergründig mit dem Bergbau befasste Fachleute umtrieb. Vor diesem Hintergrund sind Riemers Informationsbesuche, zumal sie in seiner Funktion als Landesminister für Wirtschaft erfolgten, als ein vorausschauendes Interesse auf diesem Forschungsgebiet zu bewerten. Dieses Interesse verband sich mit der technologiebasierten Hoffnung, in Nordrhein-Westfalen einen sanften Strukturwandel einleiten zu können, mit dem die Steinkohle als Energieträger wieder konkurrenzfähig werden würde. Diese Hoffnung fiel mit einem generellen „Machbarkeitsglauben“ der nordrhein-westfälischen Landesregierung zusammen, die in den 1970er Jahren mittels Reformen versuchte, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse von oben zu steuern.⁶¹ Im Bereich der Technologieforschung agierte der NRW-Wirtschaftsminister hier ganz auf Linie der Bergbauunternehmen, die in der Ölpreiskrise einen geeigneten Anlass sahen, ihre Unzufriedenheit über die bisher vom Staat erfolgten Investitionen in die Bergbauforschung zu artikulieren. So äußert etwa der Vorstandsvorsitzende der Steinkohlen-Elektrizität AG (STEAG) (ab dem 1. Dezember 1973 dann Vorsitzender der Ruhrkohle AG) Karlheinz Bund am 7. November 1973 in einer Anhörung von Sachverständigen im Wirtschaftsausschuss des Bundestages:

60 Bei der Fischer-Tropsch-Synthese wird ein Synthesegas aus Kohlenstoffmonoxid (CO) und Wasserstoff (H₂) in gasförmige, flüssige oder feste Kohlenwasserstoffe umgewandelt. Jedoch ist diese Möglichkeit der Kohleverflüssigung auch in Südafrika nicht rentabel gewesen. Das Unternehmen Sasol erwirtschaftete mit den aus Kohleverflüssigung hergestellten Produkten nur einen Reingewinn von umgerechnet 29 Millionen DM, siehe Nachrichten und Informationen, in: Glückauf 109 (1973), Nr. 24, S. 1184.

61 Vgl. Christoph Nonn, Geschichte Nordrhein-Westfalens, München 2009, S. 98.

„Die Bundesregierung wendet 1974 für die Steinkohlenforschung und -entwicklung rund 30 Millionen DM auf. Wenn Sie das mit dem Umsatz des Steinkohlenbergbaus von 8 bis 9 Milliarden DM vergleichen, dann müssen Sie das als eine Art Rate bezeichnen, die keiner Industrie eine Überlebenschance geben würde, auch der modernsten nicht. [...] Die USA stellen für 1974 für die reine Kohlenforschung 450 Millionen DM zur Verfügung; das ist mehr als das Zehnfache. [...] Ich bin also der Meinung, daß in diesem Punkt außerordentlich viel getan werden müßte.“⁶²

Auf Nachfrage des Ausschusses, welche Fördersummen Bund für erforderlich hielt, antwortete dieser mit einer Spitze gegen die Mineralölkonzerne, die mit den Ölfunden in der Nordsee große Hoffnungen verbanden:

„Ich meine, daß ein Forschungsprogramm – für 1973 ist das natürlich zu spät – für 1974 zusätzlich einen Beitrag von etwa 100 Millionen DM bis 150 Millionen DM für diese Dinge vorsehen sollte. Das wären 1 bis 2% des Umsatzes. Eine solche Investition wäre außerordentlich rentabel, wenn ich sie mit dem vergleiche, was man vielleicht off shore irgendwo anders macht.“⁶³

Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie wandte sich sogar direkt an Bundeskanzler Brandt, um eine Mittelserhöhung auf dem Gebiet der Kohleforschung durchzusetzen.⁶⁴ Die durch den Ölpreisschock in der Öffentlichkeit nun bewusst wahrgenommene Abhängigkeit der Bundesrepublik von preiswertem Importöl begünstigte das neue Selbstbewusstsein der Bergbauunternehmer zusätzlich. Der

62 BACh, B 102/200539, Unkorrigierte Stenographische Niederschrift über die Anhörung von Sachverständigen in nicht-öffentlicher Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft zu den Fragen der Energiepolitik am 7.11.1973. Insgesamt veranschlagte die US-Regierung für 1974 bis 1979 einen Etat von 10 Milliarden US-Dollar für Forschung und Entwicklung im Energiesektor, zu dem noch weitere 100 Millionen US-Dollar für die beschleunigte Durchführung von bereits begonnenen Projekten in 1974 kamen. Zudem wurde ein Beirat für Energieforschung und -entwicklung gebildet. Näher zur Energieforschung in den USA Friedhelm Kerstan, Die beiden Energie-Botschaften 1973 des amerikanischen Präsidenten und der Wilson-Plan zur Energieunabhängigkeit der USA, in: Glückauf 109 (1973), Nr. 21, S. 1067–1074, hier S. 1071.

63 BACh, B 102/200539, Unkorrigierte Stenographische Niederschrift über die Anhörung von Sachverständigen in nicht-öffentlicher Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft zu den Fragen der Energiepolitik am 7.11.1973.

64 Vgl. BACh, B 102/200539, Industriegewerkschaft Bergbau und Energie an Bundeskanzler Willy Brandt vom 20.11.1973. In der 41. Kabinettsitzung am 28.11.1973 kam die Bundesregierung darin überein, für vier Jahre jährlich 150 Millionen DM für nichtnukleare Energieforschung aufzuwenden.

Kolumnist Sebastian Haffner verglich die Energiekrise sogar mit einem Krieg, da man nunmehr ähnlich schnell neue und bessere Verfahren zur Kohleverflüssigung entwickeln müsse, wie damals im Krieg neue Waffen und industrielle Ersatzrohstoffe entwickelt worden seien.⁶⁵ Ähnlich urteilte der Kolumnist der Welt, Hans Baumann, der zwar meinte, dass eineinhalb Jahrzehnte Ölschwemme zu Spottpreisen den technischen Fortschritt erdrosselt hätten, dies aber dem fehlenden Ideenreichtum der Ingenieure anlastete.⁶⁶ Allerdings hing sowohl der Ideenreichtum der Ingenieure als auch die Bereitschaft von Investoren, im Interesse der nationalen Energieversorgung in Großprojekte zu investieren, von der Abdeckung des finanziellen und politischen Gesamtrisikos durch die jeweilige Regierung ab.⁶⁷ Nach den Vorstellungen des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft, Detlev Rohwedder, sollte der Bund jedoch nicht die alleinige Verantwortung für die Finanzierung von Rohstoffprojekten tragen. In einem an die Fachwelt gerichteten Aufsatz kritisierte er, dass in Deutschland kein „mining investment“ oder „mining business“ wie in Großbritannien, den USA oder Kanada stattfinden würde und sich die Banken aus der Finanzierung des Rohstoffgeschäfts herausnahmen.⁶⁸ Intern hatte man im Bundeswirtschaftsministerium allerdings längst diagnostiziert, dass die Investitionskraft in fortschrittliche Energietechnologien zu lange den freien Kräften des Marktes überlassen worden war.⁶⁹ Ganz auf dieser Linie betonte auch das Mitglied des Deutschen Bundestages und zugleich Vizepräsident des Europäischen Parlaments Fritz Burgbacher (CDU) ausdrücklich, dass Energien aller Art keine Ware im üblichen Sinne seien, sondern ihnen beinahe die gleiche Bedeutung wie Luft und Wasser zukommen müsse.⁷⁰

In Nordrhein-Westfalen war man schon seit Längerem überzeugt, dass eine technologieorientierte Förderung des Montankomplexes den Strukturwandel be-

65 Vgl. Der Stern vom 15.11.1973.

66 Vgl. Die Welt vom 19.1.1974.

67 So auch Eckhard Albrecht, Probleme der Finanzierung von Großprojekten in der internationalen Rohstoffwirtschaft, in: Glückauf 110 (1974), Nr. 19, S. 794–797, hier S. 769.

68 Vgl. Detlev Rohwedder, Die Rohstoffversorgung der Bundesrepublik Deutschland, in: Glückauf 110 (1974), Nr. 1, S. 31–35, hier S. 33.

69 Vgl. LAV NRW R, NW Nr. 1192, Kabinetttvorlage des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr vom 23.11.1973: „Die Entwicklung des Mineralölmarktes läßt erkennen, daß der Marktmechanismus allein verstärkte Versorgungsengpässe nicht mehr zufriedenstellend regeln dürfte.“

70 Vgl. Fritz Burgbacher, Aktuelle Öl- und Energieprobleme und ihre mögliche Lösung, in: Glückauf 110 (1974), Nr. 2, S. 62–65, hier S. 64.

gleiten könnte.⁷¹ Diese Überzeugung speiste sich aus einem gestiegenen Selbstbewusstsein der Länder, die allmählich begonnen hatten, mit regionsspezifischen Technologieprogrammen die Zielrichtung von Innovationen zu bestimmen.⁷² Neben dem 1,6 Milliarden DM schweren TPE, das der Bundesregierung bereits im November 1973 als Entwurf übermittelt worden war,⁷³ erließ die Landesregierung noch im selben Jahr ein „Technologieprogramm Bergbau“ mit einer Mittelaufwendung von 0,6 Milliarden DM. Insgesamt wurden so rund 2,2 Milliarden DM in die Montanindustrie investiert, die nach den Vorstellungen Riemers von Bund, Ländern und Wirtschaft gemeinsam aufzubringen waren.⁷⁴ Zeitgleich mit der Erarbeitung des TPE brachte das Bundesministerium für Forschung und Technologie ein „Rahmenprogramm Energieforschung 1974–1977“ auf den Weg, das nach Darstellung Riemers erst aufgrund der Bekanntmachung des TPE veranlasst wurde.⁷⁵ Das Bundesprogramm beinhaltete ein Investitionsvolumen von 1,45 Milliarden DM⁷⁶, wovon 616 Millionen DM direkt in die Erforschung der Kohlevergasung und -verflüssigung fließen sollten. An diesem Rahmenprogramm, das der Historiker Rüdiger Graf als die wichtigste Maßnahme unmittelbar während der Ölpreiskrise bezeichnet,⁷⁷ beteiligte sich das Land Nordrhein-Westfalen ebenfalls mit einem Anteil von 150 Millionen DM.⁷⁸ Die Einhaltung der veranschlagten Beteiligungsquoten des Landes und der Industrie, die ebenfalls Investitionen von 550 Millionen DM tätigen musste, wurde insbesondere vom Bundesfinanzministerium zur Voraussetzung erhoben, um einer entsprechenden Vorlage zuzustimmen. Insofern nahm das Land Nordrhein-Westfalen enorme Mittelaufwendungen in Kauf, um in die Kohletechnologie zu investieren. Vor diesem Hintergrund ist die These Erich Latniaks, dass es sich bei den Technologieprogrammen des Landes Nordrhein-Westfalen um „bestenfalls sozialpoli-

71 Vgl. Heinze et al., Strukturwandel (wie Anm. 19), S. 73.

72 Vgl. Johannes Weyer, Innovationen fördern – aber wie? Zur Rolle des Staates in der Innovationspolitik, in: Manfred Rasch/Dietmar Bleidick (Hg.), Technikgeschichte im Ruhrgebiet. Technikgeschichte für das Ruhrgebiet, Essen 2004, S. 278–294, hier S. 279.

73 Vgl. LAV NRW R, NW 30 Nr. 1210, Technologie-Projekte-Energie, Entwurf des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr vom 1.5.1974.

74 Vgl. Pressemitteilung des Landespresse- und Informationsamtes Nordrhein-Westfalen vom 15.8.1974.

75 Vgl. LAV NRW R, NW 30 Nr. 1210, Kabinettvorlage des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr vom 8.2.1974.

76 Vgl. BArch, B 136/7682, Tischvorlage des Bundesministeriums für Forschung und Technologie für die 45. Kabinettsitzung am 9.1.1974.

77 Vgl. Graf, Öl und Souveränität (wie Anm. 9), S. 219.

78 Näher Martin Meyer-Renschhausen, Energiepolitik in der BRD von 1950 bis heute. Analyse und Kritik, Köln 1977, S. 129.

tisch motivierte Modifizierungsversuche⁷⁹ gehandelt habe, nicht haltbar. Latniak übernimmt hier vollständig eine interessengeleitete Argumentationsstrategie der damaligen Bundesregierung, die einer finanziellen Mitleistung mit dem Verweis auf den sozial- statt energiepolitischen Charakter des Programms entgehen wollte. Zwar trifft es durchaus zu, dass, wie Latniak schreibt, die Kohlepolitik der Landesregierung durch die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Kohlevorrangpolitik der Bundesregierung determiniert wurde, indes ist jedoch darauf zu verweisen, dass im Zuge der Ölpreiskrise 1973/74 sowohl in den Bergbauunternehmen selbst als auch im Landesministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr die durch den damaligen Stand der Technik berechnete Überzeugung vorherrschte, mit neuen Veredelungsverfahren zur bundesdeutschen Energiesicherheit beitragen zu können. Der WDR-Journalist Marcel Gärtner sprach diesbezüglich von einem „beinahe unbegrenzte[n] Vertrauen in die schöpferische Kraft und Fantasie von Wissenschaft und Technik“.⁸⁰ Der Korrespondent der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Wilhelm Throm, schrieb sogar eine Renaissance der Kohle herbei, die durch die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors ausgelöst werde.⁸¹

Folglich waren die mit dem TPE verbundenen Erwartungen keineswegs nur sozialpolitischer, sondern ebenso energiepolitischer Natur, wie Riemer im Vorwort zum Programm auch deutlich machte:

„Das Land an Rhein und Ruhr hat stets eine besondere Rolle in der Energieversorgung Westeuropas gespielt [...]. Wir müssen Wege suchen, der heimischen Energiereserve den ihr gebührenden Platz wieder einzuräumen.“⁸²

Nur durch ein Rückbesinnen auf die eigenen Ressourcen und die Leistungsfähigkeit von Wissenschaft und Technik, so Riemer, könne die Energiesituation

79 Erich Latniak, *Technikgestaltung und regionale Gestaltung. Eine Auswertung aus steuerungstheoretischer Perspektive*, Wiesbaden 1997, S. 96. Ferner verweist Latniak auf die nicht-interventionistische Wirtschaftspolitik des Landesministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr. Der aus dem Schriftverkehr mit dem Bundeswirtschaftsministerium hervorgehende Einsatz Riemers für eine Protektion der heimischen Steinkohle und sein Eintreten für die Aufhebung des Zollkontingents für Importkohle konterkarieren jedoch das Bild einer nicht-interventionistischen Wirtschaftspolitik.

80 LAV NRW R, NW 370 Nr. 996, Kommentar im WDR vom 24.5.1974.

81 Art. „Kohle und Atom sollen Bundesgenossen werden“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18.4.1974.

82 *Technologie-Programm Energie* (wie Anm. 53), S. 5.

grundlegend geändert werden.⁸³ Die Schwerpunkte des für Laien nahezu unverständlichen Programms lassen erkennen, dass Riemer die Erkenntnisse seiner Forschungsreisen in das Programm hatte einfließen lassen. Zunächst sollte in bereits bestehende Verfahren zur Kohlevergasung und -verflüssigung investiert werden, um den internationalen Stand der Technik zu erreichen. Zu derartigen Projekten zählten die Vorentschwefelung von Kohle in Gas zur Stromerzeugung mittels Gasturbinen, Vorschläge zur Gewinnung von schwerem Heizöl aus Kohle und von synthetischem Naturgas sowie die zu prüfende Möglichkeit, mittels einer Hydrierung von Kohle leichtes Heizöl zu gewinnen. Unter anderem sah das TPE eine Wiederaufnahme des Fischer-Tropsch-Verfahrens zur Herstellung von Chemierohstoffen vor, wie sie seinerzeit von dem südafrikanischem Unternehmen Sasol betrieben wurde. Zu diesem Zweck strebte Nordrhein-Westfalen eine Zusammenarbeit mit Sasol an.⁸⁴ In einem zweiten Schritt sollten neuere Verfahren, insbesondere die Kohlevergasung mit nuklearer Prozesswärme, erforscht werden. Der Vorteil der nuklearen Kohlevergasung gegenüber den herkömmlichen Vergasungsverfahren (entwickelt von Lurgi, Winkler, Koppers-Totzek)⁸⁵ bestand zum einen in einer besseren Kosteneffizienz, zum anderen wurden dabei nicht vierzig Prozent der eingesetzten Kohle für die Energieerzeugung verbrannt.⁸⁶ Demzufolge wies die Kohlevergasung mit Kernreaktorwärme eine deutlich bessere Umweltbilanz auf als die herkömmlichen Veredelungsverfahren. Während beispielsweise bei der Lurgi-Vergasung 81.800 Kilogramm Kohlendioxid umgesetzt wurden, wies die Kohlevergasung mit Nuklearwärme nur einen Wert von 29.800 Kilogramm Kohlendioxid auf.⁸⁷ Vor dem Hintergrund der gestiegenen Bedeutung von Umwelt- und Immissionsschutz seit den 1970er Jahren, wobei Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle einnahm, stellte dies keine unerhebliche Differenz dar.⁸⁸ Die nukleare Kohlevergasung bot somit ein Potenzial zur Ressourceneinsparung, eine bessere Kosteneffizienz und konnte gegenüber den herkömmlichen Verfahren umweltverträglicher betrieben werden.

83 Vgl. ebd.

84 Vgl. ebd., S. 42.

85 Näher zu den einzelnen Verfahren Hans-Dieter Schilling/Bernhard Bonn/Ulrich Krauß, Kohlenvergasung. Bestehende Verfahren und neue Entwicklungen, Essen³1981, S. 72–106.

86 Näher Werner Peters, Hochtemperatur-Prozesswärme zur nuklearen Kohlenvergasung, in: Glückauf 119 (1983), Nr. 8, S. 366–368, hier S. 366.

87 Vgl. ebd., S. 367.

88 Das Land Nordrhein-Westfalen erließ 1962 das erste umfassende Immissionsschutzgesetz, siehe Gesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen – Immissionsschutzgesetz – vom 30.4.1962, in: Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen (1962), S. 225–227.

Um die Machbarkeit einer solchen Energiegewinnung auszuloten, beauftragte Riemer im Vorfeld des TPE die Gesellschaft für Hochtemperaturreaktor-Technik mbH (Bensberg), die Bergbau-Forschung GmbH (Essen), die Rheinische Braunkohlenwerke AG (Köln) und die STEAG (Essen) mit einer Feasibility-Studie.⁸⁹ Diese führte schließlich zu dem Ergebnis, dass Gesamtanlagen mit Hochtemperaturreaktoren und nachgeschalteten Kohlevergasungs- und Dampfkraftanlagen realisierbar seien.⁹⁰ Im Ergebnis empfahl die Studie eine im TPE für das Jahr 1978 vorgesehene Demonstrationsanlage zur Kohlevergasung mit nuklearer Prozesswärme errichten zu lassen.⁹¹ Bei Einhaltung des Zeitplans wurde der wirtschaftliche Einsatz von Wärme aus dem Hochtemperaturreaktor für die Kohlevergasung bis Mitte der 1980er Jahre für möglich gehalten.⁹² Zu dieser Einschätzung gelangte auch der Präsident des Deutschen Atomforums, Heinrich Mandel, der allerdings erst für die Zeit nach 1985 mit dem Einsatz der nuklearen Prozesswärme in wirtschaftlich relevantem Umfang rechnete.⁹³ Aufgrund der am Kernforschungszentrum Jülich vorangetriebenen Entwicklungsarbeiten hielt man zur Erzeugung von nuklearer Prozesswärme das entwickelte Kugelhaufensystem⁹⁴ für vorteilhaft. Die Brennelemente im Versuchskernkraftwerk Jülich konnten demnach seit Februar 1974 die erforderlichen hohen Temperaturen von 950 Grad Celsius erreichen. Der bisherige Stand der Technik hatte nur eine Erwärmung auf 750 Grad Celsius

89 Vgl. Technologie-Programm Energie (wie Anm. 53), S. 45.

90 Vgl. N.N. (Hg.), Kohlevergasung mit nuklearer Prozesswärme. Realisierbarkeit und technisch-wirtschaftliche Aussichten der Vergasung von Kohle und Nuklearwärme aus Hochtemperaturreaktoren. Kurzfassung der Studie des Konsortiums GHT – BF – RBW – STEAG, Düsseldorf²1975, S. 11.

91 Vgl. ebd., S. 12. Bereits am 13.11.1973 wurde im Bundestag von der CDU ein Antrag vorgelegt, der die Gründung einer Gesellschaft zum Betrieb einer Verbundanlage „Kernenergie und Kohle“ vorsah, vgl. Antrag der Abgeordneten Lenzer, Benz, Engelsberger, Dr. Franz, Hösl, Pfeffermann, Dr. Freiherr Spies von Büllenheim, Dr. Stavenhagen, Schröder (Lüneburg), Frau Dr. Walz, Weber (Heidelberg) und der Fraktion CDU/CSU betr. Verbund Kernenergie und Kohle, Bundestags-Drucksache 7/1319. Der Antrag wurde damals mit Verweis auf bereits bestehende Projekte in der Kernforschungsanlage Jülich abgelehnt. Siehe Bundestags-Plenarprotokoll, 7. Wahlperiode, 77. Sitzung vom 25.1.1974, S. 4937, online unter <<https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/07/07077.pdf>> (25.6.2020).

92 Vgl. Werner Peters/Hans-Dieter Schilling, Neue Chancen für die Kohlenvergasung, in: Glückauf 110 (1974), Nr. 22, S. 927–935, hier S. 935.

93 Vgl. BArch, B 102/200539, Unkorrigierte Stenographische Niederschrift über die Anhörung von Sachverständigen in nicht-öffentlicher Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft zu den Fragen der Energiepolitik am 7.11.1973.

94 Nähere Auskunft zur Funktionsweise des Kugelhaufenreaktors und den Unterschieden zu anderen Reaktortypen gibt Rusinek, Das Forschungszentrum (wie Anm. 58), S. 75.

Ausgangstemperatur erlaubt, die für die Kohlevergasung unzureichend waren.⁹⁵ Als Pionier auf dem Gebiet der Kugelhaufenreakorteknik galt vor allem der Aachener Physiker Rudolf Schulten, der die Ölpreiskrise 1973/74 zum Anlass nahm, um zu erforschen, wie mit nuklearer Wärme Gas erzeugt werden könnte, das als Ersatz für Mineralölprodukte geeignet ist. Mehrere um 1973/74 verfasste Dissertationen belegen, mit welchem Tatendrang an der Nutzung nuklearer Wärme für die Kohleveredelung geforscht wurde.⁹⁶ Einige Hauptprobleme bei der Nutzung nuklearer Prozesswärme für die Kohleveredelung bestanden 1973/74 allerdings noch hinsichtlich des Transports und der Verteilung von Wärme.⁹⁷

Die politischen Schwierigkeiten auf dem Weg zur Verabschiedung des TPE bestanden hingegen auf interministerieller Ebene. Insbesondere der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Johannes Rau (SPD) und Sozialminister Werner Figgen (SPD) warfen Riemer als Architekten des TPE vor, in ihre Zuständigkeiten eingegriffen zu haben.⁹⁸ Ein von Riemer im Februar 1974 vorgelegter Entwurf musste folglich nach interministerieller Abstimmung mehrfach umgearbeitet werden, bevor er dem Landtag vorgelegt werden konnte.⁹⁹ Die oppositionelle CDU-Landtagsfraktion monierte diesbezüglich im Mai 1974, dass Riemer endlich seine Schublade öffnen möge und dem Parlament sein Technologieprogramm präsentieren solle.¹⁰⁰ Mit der Unterrichtung des Landtags, der Bundesregierung und der Öffentlichkeit beauftragte das Landeskabinett den Wirtschaftsminister jedoch erst am 21. Mai 1974.¹⁰¹ In der finalen Fassung des TPE wurden vor allem die Zuständigkeiten der einzelnen Ressorts strikter abgegrenzt und die

95 Vgl. Karl Heinz Hawner, Fortschritte im deutschen Steinkohlenbergbau – Erfolgsbilanz und Aussichten in Bergtechnik und Kohlenveredelung, in: Glückauf 110 (1974), Nr. 2, S. 47–50, hier S. 50.

96 Zum Beispiel Heinz W. Adams, Einsatz fester Wärmeträger bei der Kohlevergasung unter Nutzung von Kernenergie, Aachen 1971 oder Peter Anton, Zur Wärmeübertragung bei der Kohlevergasung mittels Kernreaktorwärme, Aachen 1973.

97 Vgl. Aachener Nachrichten vom 29.3.1974.

98 Vgl. Kölnische Rundschau vom 6.3.1974.

99 Vgl. 1200. Kabinettsitzung am 19.2.1974 (TOP 9), in: Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1970 bis 1975; 1204. Kabinettsitzung am 26.3.1974 (TOP 3), in: Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1970 bis 1975; 1205. Kabinettsitzung am 2.4.1974 (TOP 2 außerhalb der Tagesordnung), in: Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1970 bis 1975. Die Kabinettsprotokolle der 7. Legislaturperiode sind online verfügbar unter <<http://protokolle.archive.nrw.de/>> (25.6.2020).

100 Vgl. Landtag Intern, Jg. 5, Ausgabe 12 vom 3.5.1974, S. 1.

101 Vgl. 1210. Kabinettsitzung am 21.5.1974 (TOP 7), in: Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1970 bis 1975 (wie Anm. 99).

Belange des Umweltschutzes¹⁰² ausdrücklich miteinbezogen. Entgegen der früheren Kritik beurteilte die CDU die Veröffentlichung des TPE später unter der Schlagzeile „Minister Riemers größte Luftblase“ als zu voreilig, weil angesichts der Haushaltsberatungen auch auf Aktivitäten des Bundes verwiesen wurde.¹⁰³ Dennoch wurden bis 1984 über das TPE insgesamt Zuschüsse von ca. 697 Millionen DM im konventionellen Energiebereich und 984 Millionen DM im nuklearen Energiebereich vergeben.¹⁰⁴ Hinsichtlich der Verteilung von Fördermitteln unterschied sich das TPE somit deutlich vom Technologieforschungsprogramm des Bundes. Über das „Rahmenprogramm Energieforschung“ wurden lediglich 277,1 Millionen DM in die Kohletechnologieforschung investiert, während zugleich 227,1 Millionen DM in Forschungsprojekte zur rationellen Energieverwendung und 143,6 Millionen DM in die Bereiche Energieumwandlung, -transport und -speicherung flossen.¹⁰⁵ Insgesamt setzte die Bundesregierung größere Hoffnungen in die Nutzung der Kernenergie zur Elektrizitätserzeugung. Um dem überarbeiteten Energieprogramm entsprechend bis zum Jahre 1985 etwa 45 Prozent der bundesdeutschen Stromversorgung aus Kernenergie abzudecken, förderte der Bund die Kernforschung über das vierte Atomprogramm der Bundesregierung mit sechs Milliarden DM.¹⁰⁶ Demgegenüber entwickelte sich das Land Nordrhein-Westfalen zur treibenden Kraft in der Kohleforschung, während die Bundesregierung primär auf Energieeinsparungen¹⁰⁷ und die Kernenergie zur Elektrizitätserzeugung setzte. Auch nach Beendigung der ersten Ölpreiskrise

102 Vgl. Technologie-Programm Energie (wie Anm. 53), S. 10: „Dabei wird in Beachtung des Grundsatzes, daß Sicherheit der Energieversorgung und Umweltschutz gleichrangige politische Ziele sind, besonderes Augenmerk darauf gerichtet, daß die neuen Technologien nicht nur zu umweltfreundlichen Produkten führen, sondern auch einen umweltfreundlichen Betrieb der Anlagen gewährleisten.“

103 Vgl. Landtag Intern, Jg. 6, Ausgabe 4 vom 7.2.1975, S. 13.

104 Angaben nach Rolf Weitkamp, Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg 1980–1988. Eine vergleichende Bestandsaufnahme, Münster 1992, S. 149.

105 Angaben nach Graf, Öl und Souveränität (wie Anm. 9), S. 227.

106 Näher Elke Seefried, Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980, Berlin/Boston 2015, S. 481–482.

107 Die Bundesregierung ermächtigte sich durch ein Notstandsgesetz („Energiesicherungsgesetz“) dazu, nach eigenem Ermessen in den Versorgungssektor einzugreifen. Vgl. Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung bei Gefährdung oder Störung von Einfuhren von Mineralöl oder Erdgas, in: Bundesgesetzblatt 1973 I, S. 1585–1592 auf Grundlage der Richtlinie des Rates vom 24.7.1973 über Maßnahmen zur Abschwächung der Auswirkungen von Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Erdöl und Erdölzerzeugnissen, Amtsblatt Nr. L 228 vom 16.8.1973. Aus der Literatur Volkmar Götz, Das Energiesicherungsgesetz vom 9.11.1973, in: Neue Juristische Wochenschrift (1974), S. 113–116.

sanken die landespolitischen Erwartungen an die Kohlevergasung und -verflüssigung nicht. In Bezug auf die Herstellung von Kohleöl äußerte Riemer am 22. Juli 1975 in den „Westfälischen Nachrichten“: „Die Erfahrungen der Ölkrise sind zwar weitgehend in Vergessenheit geraten, doch dürfen wir keineswegs unser Ziel aus den Augen verlieren, eine sichere, kostengünstige und unabhängige Energieversorgung für unser Land zu schaffen.“¹⁰⁸ Auch in der Berichterstattung wurde weiterhin die Hoffnung artikuliert, dass die passive Ölpolitik der Bundesregierung in den 1960/70er Jahren einer aktiven Kohlepolitik für die nächsten Jahrzehnte weichen würde. Die Investitionen in die Kohletechnologie sollten nicht nur den heimischen Absatzmarkt stärken, sondern gleichermaßen den Export von modernen Kohleverarbeitungsanlagen ermöglichen.¹⁰⁹

Letztlich sollten sich die Hoffnungen auf eine Renaissance der Steinkohle zerschlagen. Ähnlich wie schon die Gefährdung der Energiesicherheit von den Sachverständigen des Bundes überschätzt worden war,¹¹⁰ so wurde auch die Wirtschaftlichkeit der Inbetriebnahme von Kohlevergasungsanlagen fehleingeschätzt. Sowohl die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors als auch die errichteten Kohleverarbeitungsanlagen machten die Bundesrepublik weder zum technologischen Vorreiter auf dem Gebiet der Kohleveredelung, noch waren sie langfristig imstande, den Niedergang des deutschen Steinkohlenbergbaus aufzuhalten. Die meisten Anlagen wurden nach nur kurzer Betriebsdauer aufgegeben und zum Teil ins Ausland verbracht. Als am 21. Dezember 2018 mit dem Bergwerk Prosper Haniel die letzte Steinkohlenzeche stillgelegt wurde, waren die technologiebasierten Initiativen der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Aufrechterhaltung der heimischen Steinkohlenförderung längst in Vergessenheit geraten.

108 Vgl. Westfälische Nachrichten vom 22.7.1975.

109 Vgl. Art. „Neue Kohle-Technologie eröffnet der Industrie große Märkte“, in: Die Welt vom 21.1.1975.

110 Die in einem am 19.9.1973 veröffentlichtem Sondergutachten des Sachverständigenrates „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise“ geäußerte Prognose, dass im gesamten Jahr 1974 30 Millionen Tonnen Rohöl weniger zur Verfügung stehen würden, bestätigte sich nicht. Vgl. Sondergutachten des Sachverständigenrates „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise“, Bundestags-Drucksache 7/1456, S. 5. Lediglich um 1,9 Prozent ging der Primärenergieverbrauch von Dezember 1973 bis März 1974 in der Bundesrepublik zurück. Hierzu Helga Hafendorn, Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluss, München 1986, S. 47.

4. Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Dennoch dürfen die Mitte der 1970er Jahre erfolgten Initiativen zur Stärkung der Steinkohle und das „Technologie-Programm Energie“ nicht von ihrem Ende her beurteilt werden. Stattdessen muss die nordrhein-westfälische Reaktion auf die Ölpreiskrise in ihrem zeit- und kontextgebundenen Erfahrungsraum betrachtet werden. Die Landesregierung und insbesondere das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr nahmen entsprechend des damaligen Standes der Technik enorme Mittelaufwendungen und Anstrengungen in Kauf, um durch eine technologiebasierte Forschungs- und Strukturpolitik den Standort Nordrhein-Westfalen als Energiezentrum der Nation zu erhalten. Der im Technologieprogramm zum Ausdruck kommende Technikenthusiasmus diente nicht bloß der Befriedigung eines öffentlichen Bedürfnisses nach Energiesicherheit, sondern stützte sich auf ernstzunehmende Forschungsergebnisse und Prognosen von Wissenschaftlern, die auf dem Gebiet der Kohleveredelung ausgewiesen waren. Die Erarbeitung des 1,6 Milliarden DM schweren Technologieprogramms erfolgte zu einer Zeit, als die Bundesregierung mit Notstandsgesetzen zur Energieeinsparung den öffentlichen Druck zu minimieren versuchte und außenpolitisch um europäische Lösungen rang. In Anbetracht dieser unübersichtlichen Lage am Energiemarkt und der nicht vorherzusehenden außenpolitischen Entwicklungen erwies sich die Energiepolitik Nordrhein-Westfalens als investitionsfreudig und zukunftsorientiert. Im Bereich der Nutzungsoptimierung einheimischer Energiereserven betätigte sich das Land sogar als technologiepolitischer Schrittmacher. Maßgeblich zurückzuführen ist dies auf den damaligen Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer, der die Energiepolitik des Landes in enger Verbindung mit einer langfristig angelegten Strukturpolitik zu gestalten versuchte. Noch vor dem Ausbruch der Nahost-Krise im Jahre 1973 hatte Riemer den Versuch unternommen, der heimischen Steinkohle im Verbund mit der Atomenergie eine Zukunft zu sichern. Die Knappheit beim Erdgas und die wachsende Abhängigkeit von Ölimporten aus Krisenregionen waren hierbei ausschlaggebende Argumente, die der Zielsetzung eines stabilen Absatzrahmens deutscher Steinkohle förderlich gewesen sind. Die von Riemer im September und Oktober 1973 unternommenen Informationsbesuche in die USA und nach Südafrika dokumentieren eindrücklich den persönlichen Ehrgeiz, mit dem sich der Wirtschaftsminister den technischen Möglichkeiten der Kohleveredelung zuwandte. Daher ist das „Technologie-Programm Energie“ von einer technischen Detailversessenheit geprägt, die für den Laien nur schwer verständlich gewesen sein dürfte. Der technokratische Charakter des Programms bildete sich folglich auch in den aufgestellten Durchführungs- und Zeitplänen ab, die im Vergleich deut-

lich den Investitionsstau im Energiesektor anzeigen, der abseits der Kernenergieforschung vorherrschte. Mit der Bereitstellung finanzieller Mittel für die Kohleforschung bediente das Land Nordrhein-Westfalen somit die Forderungen der Montanindustrie nach zusätzlichen Fördermitteln aus der öffentlichen Hand. In dieser Hinsicht ist die Landesgeschichte eng mit der Energie- und Technologiegeschichte verknüpft. Die nordrhein-westfälische Reaktion auf die Ölpreiskrise 1973/74 zeigt letztlich auf, dass auch auf Landesebene bestimmte ordnungspolitische Leitvorstellungen in der Energiepolitik durchgesetzt werden können, die stets in Abhängigkeit zu den jeweiligen gesellschaftlichen Bedürfnissen und politischen Motivationen stehen. In Nordrhein-Westfalen als Kohleland waren insbesondere die Zielgrößen Energiesicherheit und -unabhängigkeit und weniger die Preisgünstigkeit handlungsleitend. Diese Gewichtung der Zielgrößen deckte sich im Verlauf der Ölpreiskrise vorübergehend mit dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach staatlicher Handlungsfähigkeit und Flexibilität.